

Ressort: Politik

Bericht: Bundesregierung will keine direkte Finanzhilfe für die Ukraine

Berlin, 23.03.2014, 10:31 Uhr

GDN - Die Bundesregierung will der Ukraine bis auf weiteres keine direkte Finanzhilfe gewähren. Das berichtet der "Spiegel" unter Berufung auf Kreise im Finanzministerium.

Auch die anderen Hilfen für die Ukraine belasten den Bundeshaushalt zunächst nicht. Dies geht aus einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums hervor, die dem "Spiegel" vorliegt. Die Gelder für das 11-Milliarden-Euro-Hilfspaket stammen danach aus drei Quellen. Bis zu einer Milliarde Euro könnte die EU als Darlehen vergeben. Daneben soll die Ukraine von 2014 bis 2020 Entwicklungsunterstützung in Höhe von 1,6 Milliarden Euro erhalten. Schließlich gewähren die Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zusammen Darlehen in Höhe von bis zu acht Milliarden Euro. Der stellvertretende CDU-Chef Armin Laschet hat zugleich vor Sanktionen gegen Russland gewarnt. "Wenn wir Wirtschaftssanktionen verhängen, sie am Ende aber vor allem uns treffen, ist niemandem damit gedient", sagte Laschet dem Nachrichten-Magazin.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-32021/bericht-bundesregierung-will-keine-direkte-finanzhilfe-fuer-die-ukraine.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619